

Stand: 23.02.2026 01:18:00

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/17450

"Warnung der Bevölkerung durch Ausbau des vorhandenen Sirennennetzes in Bayern und
Warnung aller Smartphonebesitzer durch Push-SMS"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/17450 vom 21.07.2021
2. Beschluss des Plenums 18/17471 vom 22.07.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 90 vom 22.07.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 90 vom 22.07.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Manfred Ländner, Petra Guttenberger, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Dr. Marcel Huber, Dr. Franz Rieger, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Warnung der Bevölkerung durch Ausbau des vorhandenen Sirennetzes in Bayern und Warnung aller Smartphonebesitzer durch Push-SMS

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob durch Sirenenalarm die Warnung der Bevölkerung, beispielsweise vor Naturkatastrophen, verbessert werden kann, ob das vorhandene Sirennetz in Bayern für eine flächendeckende Warnung der bayerischen Bevölkerung ausreichend ist und ggf. wie erkannte Lücken im Sirennetz geschlossen werden können. Bestandteil der Prüfung soll auch sein, ob und ggf. wie die Bevölkerung über die Bedeutung der Sirensignale informiert werden kann.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Mobilfunkbetreiber die Menschen in durch Gefahren betroffenen Gebieten über „Push-SMS“ im Cell-Broadcasting-Verfahren warnen können.

Dem Landtag ist über das Ergebnis der Prüfungen und der Bemühungen schriftlich zu berichten.

Begründung:

Die Unwetter der letzten Wochen haben vor allem in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz Schäden enormen Ausmaßes angerichtet und viele Todesopfer gefordert. Aber auch in vielen Teilen Bayerns haben die Unwetter mit heftigen Starkregen Überschwemmungen ausgelöst und beträchtliche Schäden verursacht.

Bayern wurde in den letzten Wochen mehrmals von schweren Unwettern mit teils ergiebigem Dauerregen heimgesucht, was in einigen Regierungsbezirken zu Schäden insbesondere aufgrund von Überschwemmungen führte. In Unterfranken kam es am 8./9. Juli 2021 im Landkreis Kitzingen zu massiven Überflutungen. Zum Wochenende des 10./11. Juli 2021 sorgte der ergiebige Dauerregen sodann im Landkreis Schweinfurt zu weitreichenden Überschwemmungen. In Mittelfranken waren über das Wochenende vom 9. bis 11. Juli 2021 insbesondere die Landkreise Ansbach, Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim, Erlangen-Höchstädt und Fürth betroffen, in denen teilweise ganze Ortschaften überflutet wurden. In den Landkreisen Ansbach und Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim wurde der Katastrophenfall ausgerufen. Den Landkreis sowie die

Stadt Hof trafen die weitreichenden Überschwemmungen aufgrund starker Regenfälle sodann am 13. Juli 2021; die Wassermassen führten zusammen mit Ästen und anderem Treibgut sogar dazu, dass ein unter der Fahrbahn im Alsenberger Tunnel eingemauert in einem Kanal verlaufender Bach den Kanal nach oben aufgebrochen und die Fahrbahn aufgerissen hat. Auch im Landkreis Hof wurde der Katastrophenfall ausgerufen.

Ergiebige Dauerregenfälle sorgten am Wochenende des 17./18. Juli 2021 im Landkreis Berchtesgadener Land in Oberbayern dafür, dass Muren abgingen, Hänge abrutschten und die Ache über die Ufer trat, so dass insbesondere aufgrund der Wucht der Wassermassen der Katastrophenfall ausgerufen werden musste. Betroffen waren vor allem die Orte Berchtesgaden, Bischofswiesen, Schönau am Königssee, Marktschellenberg und Ramsau. Ein Mensch kam direkt aufgrund des Unwetters Hochwassers ums Leben.

Die hohe Todesanzahl in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz kann als Indiz dafür gewertet werden, dass die Betroffenen entsprechende Warnungen nicht oder nicht rechtzeitig erhalten oder nicht ernst genug genommen haben oder nicht wussten, wie sie sich angesichts der Gefahrensituation richtig verhalten.

Bis Anfang der 1990er Jahre gab es ein flächendeckendes und hoch effizientes Sirennennetz des Bundes, durch das die Bevölkerung vor erheblichen Gefahren gewarnt wurde. Viele Menschen kannten die dazugehörigen Warntöne, regelmäßige Probealarme gehörten vielerorts zum Alltag. Nach dem Ende des sogenannten Kalten Krieges hat der Bund dieses Sirennennetz aufgegeben und den Kommunen zur Übernahme angeboten. Wegen der damit verbundenen Kostentragung machten die Kommunen nur zurückhaltend vom Angebot Gebrauch. Viele Sirenen wurden abgebaut bzw. nicht mehr gewartet oder im Schadensfall repariert. Gleichwohl könnte ein Ausbau des Sirennetzes einen sinnvollen und effizienten Beitrag bei der Warnung der Bevölkerung vor Gefahren beitragen.

Entsprechendes gilt für die Warnung von Smartphonebesitzern über sogenannte Push-SMS, über die schnell Warn- und Verhaltenshinweise an Menschen versandt werden können, die sich in durch Gefahren betroffenen Gebieten aufhalten.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Manfred Ländner, Petra Guttenberger, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Dr. Marcel Huber, Dr. Franz Rieger, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/17450

Warnung der Bevölkerung durch Ausbau des vorhandenen Sirennetzes in Bayern und Warnung aller Smartphonebesitzer durch Push-SMS

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob durch Sirenenalarm die Warnung der Bevölkerung, beispielsweise vor Naturkatastrophen, verbessert werden kann, ob das vorhandene Sirennetz in Bayern für eine flächendeckende Warnung der bayerischen Bevölkerung ausreichend ist und ggf. wie erkannte Lücken im Sirennetz geschlossen werden können. Bestandteil der Prüfung soll auch sein, ob und ggf. wie die Bevölkerung über die Bedeutung der Sirensignale informiert werden kann.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Mobilfunkbetreiber die Menschen in durch Gefahren betroffenen Gebieten über „Push-SMS“ im Cell-Broadcasting-Verfahren warnen können.

Dem Landtag ist über das Ergebnis der Prüfungen und der Bemühungen schriftlich zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Florian von Brunn

Abg. Dr. Marcel Huber

Abg. Markus Plenk

Abg. Christian Hierneis

Abg. Stefan Löw

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Bernhard Pohl

Staatsminister Joachim Herrmann

Staatsminister Thorsten Glauber

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Patrick Friedl

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)

Flutkatastrophe in Bayern: Betroffenen helfen - Prävention verbessern - Folgen beseitigen (Drs. 18/17276)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Warnung der Bevölkerung durch Ausbau des vorhandenen Sirennetzes in Bayern und Warnung aller Smartphonebesitzer durch Push-SMS (Drs. 18/17450)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Florian von Brunn, das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon über diese schrecklichen Ereignisse gesprochen, die Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und auch Bayern getroffen haben. Deswegen ist es wichtig, dass wir einfach noch einmal genau nachschauen, was da passiert ist und was man verbessern kann. Ich bedanke mich jetzt ausdrücklich beim Staatsminister für Umwelt, dass er gekommen ist, um an der Debatte teilzunehmen. Das halte ich auch für wichtig, weil viele Sachen, die wir heute besprechen müssen, sein Ressort betreffen.

Am Anfang ist es vielleicht noch einmal wichtig, dass wir unser Mitgefühl mit allen Betroffenen aussprechen und wir den Rettungskräften herzlich danken und vor allem auch den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern und auch für die Nachbarschafts-

hilfe, die es gegeben hat, sei es in Franken, Oberfranken oder auch in Berchtesgaden. Das hat mich sehr beeindruckt.

(Beifall bei der SPD)

Besonders bestürzend ist die Schnelligkeit dieser Ereignisse. Ein Anwohner im Landkreis Berchtesgaden hat gesagt, es ging so schnell, dass plötzlich ein Sturzbach in sein Haus eingebrochen ist. Er hat überhaupt keine Chance gehabt, zu reagieren. – Deshalb ist es extrem wichtig, dass wir gute Vorwarnsysteme haben. Die Warnungen des Europäischen Frühwarnsystems EFAS müssen rechtzeitig weitergegeben werden, und dann müssen die Warnketten funktionieren. Vor allem deshalb haben wir diesen Antrag gestellt.

Mein Gefühl ist, und vielleicht kann das Umweltministerium das auch bestätigen, seit der Sturzflut 2016 in Simbach haben sich die Wettervorhersagen deutlich verbessert. Wir bekommen deutlich früher Warnungen vom Deutschen Wetterdienst und den entsprechenden Stellen. Die wichtige Frage ist aber, ob die Warnungen zu den betroffenen Kommunen und Landkreisen kommen. Kann darauf angemessen reagiert werden? Das ist von entscheidender Bedeutung. Wir wollen deshalb einen Bericht darüber, was mit den EFAS-Meldungen passiert ist und mit den Warnungen, die bei den bayerischen Behörden und beim Landesamt für Umwelt eingegangen sind.

Die Warnungen sind das eine, zum anderen brauchen wir aber auch Hochwasserkarten und Gefahrenkarten für Sturzfluten, damit die kommunalen Entscheidungsträger des Katastrophenschutzes vorab die notwendigen Maßnahmen einleiten können. Nur die Verbindung aus Vorhersage, Warnung und den Karten schafft die Voraussetzung, um zu reagieren. Deshalb fragen wir auch noch einmal nach, wie es damit aussieht. Die Sturzflutenkarten sind offensichtlich in Bearbeitung, wie wir in der Antwort auf unsere Anfrage zum Plenum lesen konnten. Die Daten liegen seit März dieses Jahres im Landesamt für Umwelt vor. Deshalb unser Appell, die Fertigstellung der Karten mög-

lichst zu beschleunigen. Ich denke aber, das werden Sie nach diesen Ereignissen ohnehin machen. Insofern ist das gut.

Schließlich ist auch sehr wichtig, zu klären, wie unsere Warn-Infrastruktur funktioniert. Ich denke schon, darauf muss man sehr kritisch schauen und das analysieren. Das muss man überprüfen, und das macht auch die CSU, die einen Antrag dazu gestellt hat. Brauchen wir nicht auch Warnsysteme neben MoWaS und neben Apps wie NINA, die auch unabhängig vom Mobilfunknetz funktionieren? Das sind zum Beispiel Sirenen. Es gibt einige Kommunen, die keine Sirenen mehr haben. Man hat das einfach nicht mehr für notwendig erachtet, und das will ich auch gar nicht kritisieren. Wir müssen aber dazulernen und deshalb Veränderungen anstoßen. Das andere ist, was die CSU beantragt, was auch wir für sinnvoll halten, dass man ein SMS-Warnsystem aufbaut. Deshalb werden wir dem Antrag zustimmen.

An der Stelle will ich aber auch sagen, wir halten es für ein großes Defizit, dass seit 2003 massiv Stellen an den bayerischen Wasserwirtschaftsämtern abgebaut worden sind. Mit dem Programm "Verwaltung 21" von Edmund Stoiber hat man einen völlig falschen Ansatz gewählt. Wir leben jetzt in Zeiten, in denen wir mehr Beratung für die Kommunen brauchen, mehr Hochwasserschutz und mehr Vorsorge für Sturzfluten. Ich bitte deshalb Sie, Herr Umweltminister und auch die Regierungsfractionen, diesen Trend so schnell wie möglich wieder umzukehren.

(Beifall bei der SPD)

Mein letzter Punkt: Ich denke, es ist sehr, sehr wichtig, dass wir den Betroffenen helfen. Die Staatsregierung hat das bereits in die Wege geleitet. Der Bayerische Landtag hat die Mittel freigegeben; der Haushaltsausschuss hat zusätzliche Gebiete hineingenommen. Es ist sehr gut, dass wir 50 Millionen Euro haben. Es ist auch sehr gut, dass Bundesfinanzminister Olaf Scholz den Ländern zusätzliche Mittel zur Verfügung stellt. Ich will aber schon einmal sagen, allein die Schäden im Landkreis Hof betragen nach der derzeitigen Schätzung 55 Millionen Euro. Das ist mehr als das, was wir bereitge-

stellt haben. Es geht um enorme Summen. Deshalb müssen wir noch einmal über die Frage der Versicherungspflicht reden und möglicherweise auch über einen Kontrahierungszwang, damit Menschen, die bisher keine Versicherung bekommen, in Zukunft für solche Schäden Versicherungen bekommen. – Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender von Brunn. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Marcel Huber für die CSU-Fraktion.

Dr. Marcel Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Wir stehen kurz nach dramatischen Ereignissen. Wir haben das alles in den Medien verfolgen dürfen bzw. müssen. Wir haben beobachten müssen, dass wir ein neues Wetterphänomen haben. Es ist nicht so wie früher, dass Unwetterfronten mit hoher Wasserfracht über uns kommen. Das Neue ist, dass sie an Ort und Stelle bleiben und deshalb Starkregenereignisse punktuell an ganz kleinen Stellen stattfinden können. Dort werden Situationen hervorgerufen, die vorher so nicht bekannt waren. Erstmals öffentlich auffällig war das in Simbach im Jahr 2016, worauf Sie gerade hingewiesen haben. Wir merken aber, dass solche Ereignisse im ganzen Bundesgebiet und in ganz Europa immer häufiger stattfinden. Wenn dann noch die berühmte Vb-Wetterlage im Südosten Bayerns oder am Alpennordrand dazukommt, dann kommt es womöglich künftig vermehrt zu der Situation, dass an kleinen Bächen, an Gräben im Gebirge, wo sonst nie jemand an Gefahr denkt, tödliche Muren, Starkregenereignisse oder Hochwässer erzeugt werden.

Mit diesen extremen Wettersituationen werden wir uns künftig vermehrt befassen müssen. Aus diesem Grund liegen heute zwei Anträge vor. Mit dem Antrag der SPD muss ich mich im Grunde nicht lange befassen. Sie stellen fachliche Fragen, die zu beantworten sind. Ich habe mir die Dinge selbst angeschaut und habe überhaupt keine

Angst, dass die Staatsregierung diese Fragen nicht sauber beantworten kann. Das ist alles gut erklärbar, deshalb werden wir diesem Antrag zustimmen.

An dieser Stelle kann ich mir allerdings nicht verkneifen, auf den zweiten Teil Ihres Antrags hinzuweisen, nämlich auf Ihre Begründung. Der Antrag hat neben der sachlichen Beantwortung von Fragen auch eine andere Intention, und das ist allein schon daraus zu erkennen, dass gleich im zweiten Satz darauf hingewiesen wird, dass Olaf Scholz in Bayern war, um das anzuschauen. Na ja, wir haben eben Wahlkampf. Aber lassen wir das weg, denn wir stimmen nicht über die Begründung ab, sondern über die Fragen. Diese Fragen wollen wir gerne beantworten lassen. Das wird die Staatsregierung mit Sicherheit sauber und zur vollen Zufriedenheit tun.

Was ich für wichtiger halte, ist der Antrag der Regierungsfractionen, weshalb ich diesem mehr Raum einräumen will. Es geht nämlich darum, auf die neuen Schadensszenarien zu reagieren, die auf uns zukommen werden. Wir müssen uns vor allem aufgrund der Erlebnisse im Westen Deutschlands überlegen: Sind denn unsere Warnmechanismen, die wir derzeit haben, der Sache noch angemessen? Man denke daran, dass in Rheinland-Pfalz das Mobilfunknetz, aber auch das Internet über Kabel und das Telefonnetz zusammengebrochen sind, sodass man sich auf die schicken neuen Warn-Apps, die wir alle auf den Handys haben, nicht mehr verlassen konnte.

Dieser Gedanke führt dazu, sich daran zu erinnern, dass wir früher, als wir noch nicht das Handy im Schlafzimmer neben dem Kopf liegen hatten, durch akustische Signale auf Gefahren hingewiesen worden sind. Ich darf hier kurz in die Vergangenheit abschweifen. Bis Anfang der Neunzigerjahre gab es bundesweit Sirenenwarneinrichtungen, die übrigens vom Bund gepflegt wurden. Sie waren absolut Usus und nicht durch die Unwetter bedingt. Ursache war der Kalte Krieg. Damals war ich Zugführer in einem Löschzug Rettung, der dazu da war, aus ländlichen Regionen die Feuerwehkräfte zusammenzuführen, sollten die Feuerwehren in den Städten kriegsbedingt nicht mehr in der Lage sein, die Situation zu bewältigen. Damals hat man selbstverständlich einmal im Jahr Sirenenproben durchgeführt. Es gab keine Gemeindeverwaltung, in der nicht

neben dem Tresen eine Erklärung war, welches Sirensignal was bedeutet. Die Menschen haben jährlich einmal erleben dürfen oder müssen, was es heißt, wenn die Sirenen auf ein bestimmtes Szenario wie Luftalarm etc. hinweisen. Der Kalte Krieg war zu Ende und die Notwendigkeit dieser Sirenen ebenfalls. Damals wurden die Pflege und die Nutzung der Sirenen an die Kommunen übergeben. Die ganz kleinen Kommunen haben die Sirenen übrigens heute noch, und sie haben sie dazu benutzt, die Einsatzkräfte der Feuerwehr zu alarmieren. Wenn in einem kleinen Dorf zweimal im Jahr die Dorffeuwehr für Einsätze alarmiert wird, dann geht die Sirene. In den Stützpunktfeuerwehren, so wie bei mir, haben wir seit dreißig Jahren Piepser-Alarm. Vor vielen Jahren ist man dazu übergegangen, zu sagen: Sirenen brauchen wir nicht mehr; kleine, mittlere und große Schleife, das machen wir über Piepser und Pager. Die Notwendigkeit für die Sirenen ist bei den Kommunen nicht mehr da gewesen. Insbesondere im städtischen Raum, wie hier in München, sind Sirenen mittlerweile unbekannt. Sie wurden abgebaut, vergessen.

Jetzt muss man darüber nachdenken, ob die neuen Szenarien der Naturkatastrophen bzw. der Naturgefahren eine flächendeckende Sirenenalarmierung wieder sinnvoll machen, egal, ob das Handynetz etc. funktioniert; meistens ist das BOS-Netz, das Behördenetz, wesentlich besser abgesichert. Die Sirenen redundant stromversorgt zu aktivieren, um die Menschen auf eine Naturgefahrensituation aufmerksam zu machen, halte ich für einen sinnvollen Weg. Dies muss aber um eine Erklärung des Signals ergänzt werden. Hierfür braucht man eine Kampagne, bei der die Leute aufgeklärt werden: Wenn der Naturgefahrenwarnton kommt, hat man, wenn man merkt, dass es regnet, nicht mehr in den Keller zu gehen oder sich im Erdgeschoss aufzuhalten. Wenn man merkt, dass ein Sturm ist, dann hat man das Haus nicht zu verlassen, damit man nichts auf den Kopf bekommt. Solche Dinge braucht es.

Man sollte also prüfen – das ist der Inhalt des Antrags –, ob wir es hinbekommen, eine flächendeckende Sirenenalarmierung mit einem Naturgefahrenwarnton und der entsprechenden Auslegung dazu auf den Weg zu bringen.

Zusätzlich bedarf es einer Push-SMS im Cell-Broadcasting-Verfahren. Die Bundesregierung wird von uns aufgefordert, die rechtlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Wenn wir es fertig bekommen, Menschen regional und zellenscharf über SMS davon in Kenntnis zu setzen, dass eine bestimmte Naturgefahr droht, kann man quasi einen Warnmix auf den Weg bringen. Das sind multiple Warnmedien, die für mich auch noch um DAB+ ergänzt gehören, bei dem die Warnnachricht in mehreren Sprachen schriftlich auf den Displays erscheint, zusammen mit den Warn-Apps. Dies könnte helfen, dass den Menschen zukünftig die Information nahegebracht wird, dass etwas Lokales, etwas Außergewöhnliches von wirklich katastrophaler Potenz droht.

Wir sollten den Kampf aufnehmen. Stellen wir uns den in Zukunft immer häufiger zu erwartenden auftretenden Wetterextremen! Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Teil unserer Klimaanpassungsstrategie.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Huber. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor, und zwar vom Herrn Kollegen Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Dr. Huber, Sie haben erwähnt, dass Sie sich künftig vermehrt mit der Hochwasserproblematik befassen wollen. Gleichzeitig haben Sie in Ihrer Rede auf vergangene Hochwasserkatastrophen Bezug genommen, insbesondere auch in Simbach. Ich habe dazu zwei Fragen: Erstens. Hätten Sie sich nicht schon viel früher mit dieser Thematik auseinandersetzen müssen? Wäre das nicht der logische Umkehrschluss Ihrer Argumentation? Zweitens. Inwieweit trifft den CSU-Bundesinnenminister eine Mitschuld, was die nicht erfolgten rechtzeitigen Warnungen und Evakuierungen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz angeht?

Dr. Marcel Huber (CSU): Sie kommen aus den Bergen und wissen, dass solche lokalen Dinge unberechenbar sind. Für Rheinland-Pfalz sind wir hier nicht zuständig. Ich empfehle Ihnen, einmal nachzufragen, was an Warnszenarien schon seit Jahren läuft.

Ich war für diesen Bereich in Verantwortung. Auch die Kollegin Scharf war in Verantwortung dafür. In diesem Haus wird das mit dem jetzigen Umweltminister genauso weitergeführt. Man arbeitet schon lange daran.

Was am LfU geleistet wird, um die Menschen mit guten Prognosen sauber in Kenntnis zu setzen, wo Gefahren sind, ist auf einem hohen Stand, aber natürlich immer noch verbesserungsfähig. Ich glaube, man muss sich jetzt nicht extra mit diesem Thema befassen; das läuft. Wir sind hier schon auf einem sehr guten Niveau.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Huber.
– Es folgt die Rede von Herrn Kollegen Christian Hierneis, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Hierneis (GRÜNE): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Bei dem SPD-Antrag handelt es sich um einen Berichtsantrag mit interessanten und wichtigen Fragen, dem wir natürlich zustimmen.

Zu dem Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER: Sie versuchen jetzt, alles nachzuholen, was Sie versäumt haben. Es wäre aber besser, Sie würden nicht nur prüfen, sondern einfach machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben gesehen, wie wichtig der Einsatz von Sirenenalarm ist, weil viele Menschen die Warn-Apps nicht geladen haben, sich außerhalb eines funktionierenden Netzes befinden oder schlicht ihr Handy nicht eingeschaltet haben. Der Kollege Dr. Huber hat es bereits gesagt.

Wir brauchen Sirenenanlagen, über die auch Sprachnachrichten verbreitet werden können und die stromnetzunabhängig laufen. Wenn der Strom weg ist, kann niemand

sein Radio einschalten. Solche Anlagen gibt es schon; die kann man durchaus installieren.

Wie wichtig Sirenenalarm im Katastrophenfall ist, hätten Sie übrigens spätestens nach den negativen Erfahrungen rund um den letztjährigen Warntag erkennen können. Sie hätten die bestehenden Mängel längst abstellen können.

Auch die Push-SMS über Cell Broadcasting befürworten wir. Allerdings müssen neben Cell Broadcasting auch alle anderen Warn-Apps und -nachrichten über soziale und sonstigen Medien weiter aufrechterhalten und ausgebaut werden. Cell Broadcasting hätten wir schon längst einführen können, spätestens nach den negativen Erfahrungen rund um den letztjährigen Warntag. In anderen Ländern ist das längst Standard. Zuständig für Cell Broadcasting und verantwortlich dafür, dass es das noch nicht gibt, sind der Bundesinnenminister und der Bundesverkehrsminister, beide CSU. Wir freuen uns sehr, dass Sie mit Ihrem Antrag Ihren Parteikollegen jetzt endlich Beine machen. Wir stimmen dem Antrag natürlich zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hierneis.
– Das Wort hat der Abgeordnete der AfD Stefan Löw.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Berchtesgadener Land und zahlreiche fränkische Gemeinden hat es in den vergangenen Wochen schwer getroffen.

Bei dem ersten Punkt sind wir uns völlig einig, werte Genossen: Es braucht jetzt schnelle und unbürokratische Hilfe.

Es steht außer Frage, dass es auf die verschiedensten Dinge Antworten braucht: Wie lief das mit den Warnungen? Was tut sich in Sachen Bevölkerungsschutz? – Sturzflut-

karten wären wichtig. Man kann auch die Listen anfordern, was im Katastrophenschutzprogramm 2030 angedacht ist. Auch über eine verpflichtende Elementarschadenversicherung analog zur Brandversicherung könnte man reden.

Und jetzt kommt das große Aber: Wir sind nicht einfach nur im Jahr 2021, und plötzlich stürzen Häuser wegen großer Regenmengen ein. Wir sind im Jahr fünf nach Simbach, als es ähnliche Schäden und leider auch sieben Tote gab. Damals stellten sich alle mit Gummistiefeln hin und sagten: Das darf sich nicht wiederholen. – Wir brauchen eine bessere Vorsorge, eine bessere Warnung und einen besseren Katastrophenschutz. Was ist dahin gehend passiert? – Außer noch mehr Flächenversiegelung fast nichts.

Jetzt, 2021, beginnt das gleiche Spielchen schon wieder. Was wir aber brauchen, ist eine schnelle Aufarbeitung mit offenem Visier. Die Fakten müssen auf den Tisch, und zwar überparteilich. Der körperliche und der elementare Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Bayern geht uns alle an.

In unserem Dringlichkeitsantrag 18/17280, der nach der Sommerpause im Ausschuss beraten wird, werden wir deswegen auch konkreter. Wir fordern darin ein Zentrum für Wassergefahren. Das ist einer von vielen Bausteinen, aber ein sehr wichtiger, dient er doch dazu, die Einsatzkräfte auf solche Naturgewalten besser vorzubereiten und auch Forschung zu betreiben. Genau dies haben wir bereits im Jahr 2019 gefordert. Damals war das Ihnen von der SPD noch herzlich wurscht. Vielleicht denken Sie aber jetzt endlich anders darüber.

Es kann nicht sein, dass es alle paar Jahre Tote, Milliarden Schäden und einen öffentlichen Aufschrei braucht, um überhaupt einmal darüber zu diskutieren, ob man etwas ändern könnte. Es ist Zeit, zu handeln. Handeln heißt: Wir brauchen eine Ausbildungsmöglichkeit für unsere Helfer und nicht nur Danksagungen und Anstecknadeln. Wir brauchen bessere Handreichungen für die Kommunen, damit sie Risiken besser abschätzen können. Wir brauchen niederschwellige Alarmmöglichkeiten, die ausfallsicher sind, zur Not per Massen-SMS und Sirene. Wir brauchen eine verbindliche Um-

setzung der Zusagen – schnell, unbürokratisch und zielführend. Weil es Handeln und nicht Berichte braucht, enthalten wir uns heute bei Ihrem Antrag. Fünf Jahre nach Simbach braucht es keine Fragen mehr, sondern Antworten und Taten.

Zum Antrag der Regierungskoalition: Wenn Sie nach sieben Toten vor fünf Jahren nochmals über 160 Tote brauchen, um endlich in die Gänge zu kommen, werden wir das sicher nicht mit einer Zustimmung belohnen. Einfache Technologien wie Cell Broadcasting braucht es, und zwar dringend. Dass Sie sich mit Technologien gerne verspielen – das wissen wir von irgendwelchen Warn-Apps –, ist bekannt. Von daher enthalten wir uns. Es wird Zeit, dass sich bei Ihnen etwas ändert.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die jetzt aufgeworfenen Fragen und die Bitten um Berichte sind natürlich richtig und wichtig. Ich dachte, ich könnte heute schon ein bisschen zur Information beitragen, weil ich am Montag eine Anfrage zum Plenum gestellt habe. Ich habe um Informationen gebeten, wer wann was wusste, welche Quellen genutzt und wie die Informationen weiterverbreitet wurden. Im Hinblick auf die konkreten Abläufe sind die Antworten jedoch nicht auskömmlich. Es wird darauf hingewiesen, dass der Hochwassernachrichtendienst EFAS nutzt und auch den Deutschen Wetterdienst anzapft, dass andererseits Starkregenereignisse im Hinblick auf die genaue Örtlichkeit schwerlich vorherzusagen sind. Das alles ist klar. Gleichwohl müssen wir jetzt sehr viel präziser analysieren, um weitere Verbesserungen anzustoßen.

Deshalb stimmen wir beiden Berichtsanträgen zu. Das, was Dr. Huber gesagt hat, kann ich bestätigen. Auf den Dörfern gibt es die Sirenen durchaus noch. In meinem Wohnort kann ich mich jeden Samstag um elf Uhr versichern, dass die eine Sirene in

Ahornöd noch geht. Dies darf wegweisend für den Rest Bayerns sein. An dieser Stelle kann ich allen Kolleginnen und Kollegen einen Blick nach Ahornöd empfehlen.

Zum ersten Teil des Antrags der SPD: Ja, es muss auch jetzt schnell und unbürokratisch geholfen werden in einem einfachen Verfahren. Dieser Appell trifft jedoch auf fruchtbaren Boden. Das wird schon auf den Weg gebracht. Der Bundesfinanzminister, der gestern in der Zeitung zitiert wurde, hat allerdings darauf hingewiesen, dass es eine Debatte über die Pflicht zur Versicherung geben müsse. Diese Debatte wird in Bayern spätestens seit dem Jahr 2017 schon geführt. Der gewiesene Weg ist durchaus richtig. Das darf man auch in solch schwierigen Zeiten wieder in Erinnerung rufen. Dort, wo es möglich ist, müssen wir für Eigenverantwortung eintreten; wir müssen an die Bereitschaft appellieren, sich zu versichern, wenn es möglich ist. Der Staat muss einen Beitrag dazu leisten, nicht Versicherbares abzusichern. Vor allem muss durch verbesserte Warnsysteme die Möglichkeit geschaffen werden, Vermögensgegenstände zu sichern sowie Leib und Leben in Sicherheit zu bringen. Dieses Zusammenspiel sollte dauerhaft fortgesetzt und ein gutes Stück verbessert werden. – Wir werden beiden Anträgen zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Muthmann. – Für die FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Bernhard Pohl das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Herren Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst einmal allen Helfern, dem THW, der Feuerwehr, der Bundeswehr, den Hilfsorganisationen, den Verwaltungen und den verantwortlichen Politikern, die in dieser Krise agiert haben, danken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist dem wesentlichen Anlass des SPD-Antrags bereits Rechnung getragen worden. Im Wesentlichen ging es darum, den Beitrag des Kanzlerkandidaten Scholz angemessen zu würdigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich werden wir nicht nur dem Antrag der Regierungsfraktionen, sondern auch dem Antrag der SPD zustimmen. Ich sage aber auch: Es hätte dieses Antrags nicht bedurft; denn der Innenminister hätte das Parlament selbstverständlich umfassend informiert. Damit wäre er auch auf Ihre Fragen eingegangen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Hilfe in Bayern ist selbstverständlich. Ich hoffe auch, dass dies für das rot-grün regierte Rheinland-Pfalz gilt, das mindestens so hart von der Katastrophe betroffen ist wie wir. Jetzt stehen 400 Millionen Euro zur Verfügung, 200 Millionen Euro vom Bund und 200 Millionen Euro von den Ländern. Ich denke, das ist ein angemessener Beitrag und ein gutes Signal auch an die Betroffenen.

(Beifall)

Selbstverständlich muss man nach dieser Katastrophe Bilanz ziehen, Fragen beantworten und schauen, wo man besser werden kann. Herr Kollege Dr. Marcel Huber hat bereits auf einige Punkte hingewiesen. Herr Kollege Muthmann, im Hinblick auf die Sirenen ist der Hinweis auf Ahornöd ein guter. Wir wollen uns an Ahornöd durchaus messen lassen. An dieser Stelle wollen wir besser werden. Das soll die Staatsregierung prüfen und dann auch umsetzen. Das Gleiche gilt für Push-SMS zur besseren Warnung von Einsatzkräften und der Bevölkerung.

Ich verstehe jedoch nicht ganz, warum Staatsminister Thorsten Glauber hierzu sprechen soll. Zwar haben wir einen sehr meinungsstarken Umweltminister, der sicherlich auch Innenminister sein könnte, aber wir haben auch einen guten Innenminister. Deshalb kann Thorsten Glauber sich auf sein Ressort beschränken. Die Frage stellt sich schon, was der Umweltminister zu der Frage beitragen soll, wann Hilfen ausgezahlt werden und ob ein Bericht durch den Innenminister gegeben wird. Ich glaube, das hätte der Innenminister auch selbst tun können. Wenn Sie zwei Staatsminister haben wollen, bekommen Sie auch zwei Staatsminister – selbstverständlich.

Jetzt komme ich auf den eigentlichen Punkt zur sprechen. Sie wollten kundtun, dass Herr Scholz in Bayern war. Das war Ihr Anliegen. Mein lieber Herr Kollege von Brunn, vor vier Jahren gab es einmal einen G20-Gipfel in Hamburg. Dort hat Herr Scholz jämmerlich versagt. Wenn Finanzminister Schäuble nach Hamburg gekommen wäre, sich hätte abfotografieren lassen und seine Unterstützung für Hamburg bei der Aufarbeitung der Schäden, die die Chaoten damals beim G20-Gipfel verursacht haben, zugesagt hätte, dann wäre das vielleicht auch nicht die ganz große Schlagzeile gewesen. Also müssen Sie auf anderem Wege versuchen, Ihren Wahlkampf zu befeuern.

Wir sind hier im Parlament. Wir stimmen diesen beiden Anträgen zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, Herr Kollege Pohl. – Herr Kollege Florian von Brunn von der SPD hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Florian von Brunn (SPD): Verehrter Herr Kollege Pohl, tatsächlich finde ich es beschämend, dass Sie bei diesem Thema Wahlkampf machen. Das finde ich überhaupt nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD)

Von unserer Seite haben wir sachliche Fragen gestellt. Deswegen stimmt netterweise die Regierungskoalition zu. Diese Sachlichkeit haben Sie gerade vermissen lassen. Sie sagen, Sie wüssten nicht, warum der Umweltminister herbeigerufen worden ist. Sie haben noch nicht einmal den Antrag gelesen. Darin geht es um Warnungen, die beim Landesamt für Umwelt eingegangen sind. Darüber wollten wir Auskunft haben. Vielleicht können Sie das nächste Mal den Antrag lesen, bevor Sie solche Reden schwingen.

(Beifall bei der SPD)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich habe Ihren Antrag gelesen. Sie wollen einen Bericht haben. Der Bericht wird Ihnen vom zuständigen Minister gegeben. Das ist nun einmal nicht der Umweltminister. Ihre Versuche, Wahlkampf zu betreiben, habe ich ausreichend beschrieben. Dass der Antrag sachlich in Ordnung ist, sehen Sie daran, dass wir ihm zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die Staatsregierung hat Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Hochwasserkatastrophe hat in Deutschland in den letzten Wochen Dimensionen erreicht, die sich sicherlich die meisten Bürgerinnen und Bürger nicht hätten vorstellen können. Allein in Bayern wurde an den beiden letzten Wochenenden von vier Kreisverwaltungsbehörden der Katastrophenfall ausgerufen, nicht nur im Berchtesgadener Land, sondern auch in Hof, in Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim und in der Stadt Ansbach. Die Verwüstungen, die die gewaltigen Wassermassen anrichteten, sind groß, wobei wir letztendlich auch eher mit einer gewissen Erleichterung feststellen können: So schlimm es für die jeweils einzelnen Betroffenen war, sind wir, wenn man sich die Katastrophen in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen vor Augen führt, in der Gesamtheit letztendlich noch relativ glimpflich davongekommen.

Die Bayerische Staatsregierung hat am Dienstag ein Soforthilfeprogramm mit einem Finanzrahmen von bis zu 50 Millionen Euro beschlossen. Der Kollege Füracker wird das bei der Behandlung des Dringlichkeitsantrags "Hochwasser in Bayern – schnelle und unbürokratische Hilfen für Betroffene" dann noch näher erläutern.

Der Bayerischen Staatsregierung ist es natürlich ungemein wichtig, dass wir eine optimal funktionierende Warnung der Bevölkerung haben. Ich habe mich am vergangenen Freitag und Samstag persönlich jeweils vergewissert, dass die Kreisverwaltungsbehör-

den und die Rettungskräfte entsprechend den Warnungen des Deutschen Wetterdienstes sensibilisiert sind und in Bereitschaft sind.

Die Warnungen des Deutschen Wetterdienstes betrafen zu diesem Zeitpunkt die gesamte Alpenkette vom Allgäu bis zum Berchtesgadener Land. Es ist in Bayern von niemandem so angesprochen worden, aber vor dem Hintergrund kluger Debatten in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, denke ich, herrscht hier wahrscheinlich Übereinstimmung über eines im Hohen Hause: Wenn jemand auf die Idee gekommen wäre, am Samstag die Evakuierung vom Allgäu bis zum Berchtesgadener Land anzuordnen, wäre das völlig irre; denn die wissen ja gar nicht, wo tatsächlich etwas passiert. Wohlgemerkt, noch bis Samstagnachmittag hat sich das letztendlich auf die ganze Kette entlang des Alpenrands ausgedehnt. Das müssen wir an dieser Stelle schon mal genau wissen. Es hat zum Beispiel auch im Landkreis Garmisch-Partenkirchen sehr intensiv geregnet, und es gab da auch Murenabgänge und dergleichen.

Die Unterschiede zwischen der Situation, die im Landkreis Garmisch-Partenkirchen eingetreten ist, und der, die im Landkreis Berchtesgadener Land eingetreten ist, hat Ihnen auch am Samstagabend noch kein Wetterdienst so voraussagen können. Es ergibt sich quasi in den letzten Minuten: wo wie viel abregnet und wie sich das auswirkt. Dessen müssen wir uns bewusst sein.

Das heißt, wir müssen diese Warnungen sehr, sehr ernst nehmen. Wir müssen aber den Unterschied zum Hochwasser sehen. Das will ich auch noch mal deutlich ansprechen. Wir hatten auch die Meldungen: Jetzt wird der Pegel an der Isar ansteigen, jetzt wird der Pegel an der Donau ansteigen. – In Passau gibt es langjährige Erfahrungen damit. Da kann man in der Regel schon einen Tag vorher sagen: Das wächst jetzt so an und wird wahrscheinlich morgen Nachmittag die und die Höhe erreichen. – Dann kann man sich darauf einstellen.

Was das Berchtesgadener Land anbetrifft, reden wir von diesen Sturzregenereignissen, die sich dann in der Tat innerhalb weniger Minuten, einer halben Stunde oder

einer Stunde aufgebaut haben und bei denen erst im letzten Moment erkennbar war, wo es tatsächlich so schlimm wird.

All dies sind natürlich auch neue Herausforderungen, auf die wir uns ganz klar auch in der weiteren Entwicklung unserer Warnsysteme, in der Ausstattung unserer Hilfeleistungssysteme und dergleichen einstellen müssen. Aber man sollte nicht den Eindruck erwecken, als ob wir, gerade was diese Sturzregenereignisse anbetrifft, in der Lage wären – und das war auch nie Gegenstand der Meldungen vom Deutschen Wetterdienst –, sozusagen gemeindescharf vorauszusagen, wo was passiert oder in welchem Umfang es passiert.

Insgesamt – das will ich ausdrücklich sagen – hat es auch für das Berchtesgadener Land insofern gut funktioniert. Das dortige Landratsamt war in Alarmbereitschaft. Es waren die entsprechenden Hilfskräfte der Feuerwehr und der Rettungsdienste in Bereitschaft. Wir haben die Polizei im Vorfeld sensibilisiert. Dass dann so viele Rettungskräfte sehr schnell unmittelbar vor Ort waren, dass die Evakuierungen, die Gott sei Dank nur bei wenigen Anwesen notwendig waren, hervorragend funktioniert haben, dass wir auch in kürzester Zeit drei zusätzliche Einsatzzüge der bayerischen Polizei aus Augsburg, aus Eichstätt und München vor Ort hatten, und, und, und, hat insgesamt funktioniert.

Wir werden das auch sorgfältig analysieren und schauen, was man daraus lernt und was man in Zukunft noch besser machen kann. Aber mein Zwischenfazit ist ausdrücklich: Soweit ich das im Moment beurteilen kann, hat es in Bayern, hat es in diesem Landkreis mit allen beteiligten Behörden des Staates, der Kommunen, der Rettungsorganisationen gut funktioniert. Ich möchte allen Kolleginnen und Kollegen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, von denen viele, viele auch ehrenamtlich unterwegs waren und sind, ein ganz herzliches Dankeschön für den großartigen Einsatz sagen, der da geleistet worden ist.

(Lebhafter Beifall)

Wenn man das im Einzelnen anschaut – Kollege Glauber wird sicherlich noch Näheres dazu sagen –, meine ich schon, dass wir in Bayern einen sehr gut funktionierenden Hochwassernachrichtendienst haben. Die Wasserwirtschaftsämter veröffentlichen Warnmeldungen, geben diese über definierte Meldewege an die betroffenen Kreisverwaltungsbehörden und diese geben sie dann wiederum an die jeweiligen Empfänger in den Gemeinden.

Ja, wir haben durchaus auch sogar in Franken die Diskussion: Da kamen die Meldungen, und dann waren die Auswirkungen im Einzelfall in einer Gemeinde doch wieder unverhofft oder anders, als man das vom letzten Hochwasser gewohnt war – und dergleichen mehr. Auch da versuchen wir, von Mal zu Mal zu lernen. Aber ich warne davor, zu meinen, dass wir bestimmte Prognosen so detailgerecht erstellen können, dass wir immer ganz genau wissen, was passiert.

Ich gehe noch mal auf das Beispiel des Landkreises Garmisch-Partenkirchen ein. Auf der anderen Seite gibt es sehr wohl auch die positive Berichterstattung, dass sich zum Beispiel in Eschenlohe die Maßnahmen, die man lokal für den Hochwasserschutz in den letzten Jahren getroffen hat, offensichtlich positiv ausgewirkt haben. Wir können die Niederschläge nicht verhindern, aber in der Tat wurden drumherum Wiesen, Felder und dergleichen überschwemmt, aber der Ort selbst ist dieses Mal von Überschwemmungen verschont geblieben. Das zeigt, dass es offensichtlich doch etwas bringt, konsequent daran zu arbeiten. So müssen wir diese Arbeit auch fortsetzen. Das sage ich hier ausdrücklich auch, und danach bin ich gefragt worden, im Hinblick auf die notwendige weitere Entwicklung beispielsweise von Poldern entlang der großen Flussläufe. Das gehört alles mit dazu.

Ja, ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass es unabhängig von dem spezifischen Hochwasserwarnsystem natürlich die Meldungen und Warnungen des Deutschen Wetterdienstes gibt, die uns im Innenministerium zugehen, die den Regierungen zugehen, die wohlgemerkt aber übrigens – so wird das vom Deutschen Wetterdienst angeboten – auch jeder Kreisverwaltungsbehörde, jeder Gemeinde in Bayern, die sich

draufschalten will, durch die entsprechende App unmittelbar zugänglich sind. Sofern Kreisverwaltungsbehörden das nicht selbst haben, werden sie gegebenenfalls von den höheren Behörden speziell darauf hingewiesen, wenn es entsprechende Warnungen gibt.

Die wichtige Frage, die mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag der beiden Regierungsfractionen zu Recht noch mal aufgeworfen wird, ist aber in der Tat: Wie können wir, auch wenn alle Behörden optimal informiert sind, vorgewarnt sind, auf der Hut sind, im Einsatz sind, die Menschen in unserem Land gegebenenfalls optimal erreichen? – Hier hat es in den letzten Jahren intensive Diskussionen über die neuen digitalen Möglichkeiten gegeben, und das ist auch gut so. Da gibt es viele moderne Warn-Apps. Viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger haben die runtergeladen, aber bei Weitem eben nicht alle. Auch trotz Warn-Apps auf Handys können wir nicht davon ausgehen, dass der Durchschnitt unserer Bevölkerung den ganzen Tag so intensiv am Handy hängt, wie es die meisten von uns hier tun und ständig darauf schauen, welche neue Meldung hereinkommt, und dergleichen. In den letzten Tagen habe ich in vielen persönlichen Gesprächen erlebt, dass die meisten Kollegen in diesem Haus quer durch die Fraktionen das auch so empfinden. Wir müssen davon ausgehen, dass es Leute gibt, die tatsächlich eine Stunde lang nicht auf ihr Handy schauen.

Deshalb ist es richtig, dass wir die digitalen Möglichkeiten nutzen, aber wir müssen uns schon darauf besinnen – ich finde es gut, dass wir nicht in alte Zeiten zurückfallen –, dass es sinnvoll sein kann, wenn akute Lebensgefahr für Menschen besteht, auf die klassische Methode der Sirene zu setzen. Sie liefert keine spezifische Information, aber es gibt ein spezielles Signal, das die Menschen auffordert, das Radio einzuschalten oder sich Informationen zu beschaffen. Genau dafür müssen die Menschen wieder sensibilisiert werden. Es muss möglichst unüberhörbar sein, gerade auch in Nachtstunden, in denen die meisten vielleicht schlafen und sowieso nicht auf andere Medien achten, sodass man sie notfalls aus dem Schlaf schrecken muss, weil keine Zeit

bleibt, da es sich nicht um eine Warnung für übermorgen, sondern vor einer akuten Gefahr handelt, die den Einwohnern womöglich schon in der nächsten Stunde droht.

Deshalb halte ich es für richtig, dass der neue Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe ein solches Programm aufgelegt hat. Ich bin der Überzeugung, dass die dafür angekündigten Mittel wahrscheinlich nicht reichen werden, denn wenn wir wirklich wieder zu einem flächendeckenden Ausbau des Sirenen-systems kommen wollen, muss viel investiert werden. Darüber ist noch nicht endgültig entschieden, aber ich halte das für richtig.

Wir haben uns auch in der letzten Innenministerkonferenz damit befasst. Es ist unstrittig, dass das Bundesamt solche Kompetenzen wahrnehmen soll. Meines Erachtens brauchen wir ein Programm, das nicht darauf ausgelegt ist, dass wir das über die nächsten 15 Jahre machen, sondern ein anspruchsvolles Programm, damit wesentlich rascher umgesetzt wird. Selbstverständlich brauchen wir dazu die Kommunen, die das Ganze vor Ort in die Tat umsetzen. Es ist richtig, davon Gebrauch zu machen.

Ich freue mich, dass wir uns weitgehend einig sind, von der Push-SMS Gebrauch zu machen. Ich kann mich meinen Vorrednern nur anschließen und hoffe sehr, dass das in Berlin vorangeht, dass dafür möglichst schnell die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, denn das wäre mit der vorhandenen Technik der großen Mobilfunkunternehmen sehr schnell umsetzbar; dafür muss auch nichts an den Handys verändert werden. Es muss nur die Rechtsgrundlage dafür geschaffen werden, dass eine Bundesbehörde oder wer auch immer einen solchen Alarm auslösen und jedem Handy entsprechende Warnungen unabhängig vom Mobilfunksystem, von der Handymarke und dergleichen in den betroffenen Funkzellen übermitteln kann. Ich glaube, das ist richtig.

Man kann immer darüber diskutieren, warum das nicht schon längst gemacht worden ist, aber ich stelle eine breite Einigkeit auch in Berlin fest, dass wir es jetzt machen wollen, was gut ist. Das wollen wir schnell voranbringen.

Das Thema der Sturzflutgefahrenkarten, die im Antrag angesprochen werden, könnte der Umweltminister gegebenenfalls weiter vertiefen, wenn das gewünscht wird. Es ist klar, dass dieses Projekt kurz vor seiner Vollendung steht und dass die meisten dieser Dinge kurzfristig zur Verfügung gestellt werden können.

Das Gleiche gilt auch für die Erstellung und Fortschreibung der Hochwasserrisikomanagementpläne. Wir sind sehr gut unterwegs, und ich bin sicher – so verstehe ich auch die Anträge –, dass wir in Kürze dem Landtag gerne einen umfassenden Bericht zu diesen Fragen vorlegen könnten. Es würde heute auch den zeitlichen Rahmen sprengen, das alles im Einzelnen abhandeln zu wollen. Die Staatsregierung wird all diese Fragen gerne ressortübergreifend beantworten, über die wir dann im Herbst weiter diskutieren können, um festzustellen, was noch weiter zu tun ist.

Das gilt übrigens auch für die Ausstattung des Katastrophenschutzes mit Fahrzeugen, Gerätschaften usw. In den letzten Jahren haben wir hier viel investiert, was sich bewährt hat. Mit dem Katastrophenschutz stehen wir heute wesentlich besser da als noch vor 10 oder 20 Jahren. Wir sind gut ausgerüstet. Man konnte sehen, wie schnell schon Sonntagmittag mit den Aufräumarbeiten zum Beispiel im Berchtesgadener Land begonnen wurde und was an nahezu perfekter Technik vorhanden ist. Das ist schon mehr als beachtlich.

Weil wir selbstverständlich begonnen haben, etwa aus den Bildern aus dem Ahrtal zu lernen, sage ich abschließend noch einmal: Das ist wirklich noch einmal eine andere Katastrophe; das ist einfach noch einmal ein völlig anderer Schrecken. Man muss auch die geografische Situation in einem engen, kleinen Tal sehen: Auf die Wassermassen können die Menschen selbst bei der besten technischen Ausstattung gar nicht so schnell reagieren, die in kürzester Zeit zu einem meterhohen Hochwasser führen können, wo so etwas vorher nie der Fall war. Das sind völlig neue Dimensionen.

Wir werden uns damit beschäftigen und analysieren müssen, ob es auch bei uns solche Täler gibt, in denen so etwas passieren kann. Wir müssen da rangehen. Man

muss aber auch klar sagen – das kann man niemandem in Rheinland-Pfalz zum Vorwurf machen –: Mit einer solchen Situation haben wir bisher nicht gerechnet. Wir müssen uns jetzt damit auseinandersetzen. Deshalb ist es gut, wenn wir das Thema fraktionsübergreifend ernst nehmen und uns diesen Aufgaben sehr schnell stellen. Wir werden alle aufgeworfenen Fragen sorgfältig beantworten und können sie sicherlich im Herbst, wenn der Landtag wieder zusammentritt, weiter diskutieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Florian von Brunn von der SPD.

Florian von Brunn (SPD): Herr Staatsminister, erst einmal vielen Dank für Ihren umfangreichen und sachlichen Bericht. Tatsächlich finde ich es großartig, wie die Einsatzkräfte reagiert haben, nämlich sehr professionell und schnell, gerade im Berchtesgadener Land. Das muss man einfach noch einmal sagen, und Sie haben es zu Recht hervorgehoben.

Ich habe noch zwei sachliche Nachfragen: Wann ist denn die Alarmierung erfolgt? Ist sie schon vorab erfolgt oder erst, nachdem die Situation eingetreten war? Vielleicht können Sie noch etwas dazu sagen, wie die Katastrophenschutzbehörden informiert worden sind.

Wir haben inzwischen eine ganze Reihe von diesen Warn-Apps wie NINA, KATWARN, BIWAPP und DWD. Wissen Sie vielleicht, ob die Warnungen, die rausgegangen sind, grundsätzlich geeignet waren, dass die Leute daraus Schlussfolgerungen ziehen konnten, oder waren das allgemeine Warnungen? Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Die konkrete Alarmierung der Feuerwehr Berchtesgaden ist selbstverständlich erst zu dem Zeitpunkt erfolgt, als das Geschehen dort begann. Vorher gab es nur Vorwarnungen. In

der Tat ging es schon am Freitag und am Samstag darum, alle zu sensibilisieren und in Bereitschaft zu versetzen, sodass auch im Landratsamt Garmisch-Partenkirchen und im Landratsamt Oberallgäu auch am Samstag die Besetzung sichergestellt war usw.

Zu dem Zeitpunkt wusste aber immer noch niemand, wo es denn wirklich so schlimm würde. Anlass zum Auslösen eines Alarms im eigentlichen Sinne, eines Einsatzalarms, gab es selbstverständlich erst, nachdem diese massiven Niederschläge begonnen hatten. Auch in Garmisch-Partenkirchen mussten Feuerwehren ausrücken, aber es hatte nicht diese Dimension, und es musste kein Katastrophenfall ausgerufen werden.

Ich kann Ihnen aus dem Stegreif die genaue Uhrzeit nicht nennen. Der Landrat von Berchtesgaden hat den Katastrophenfall um 22:22 Uhr ausgelöst – ich habe das wegen der Schnapszahl in Erinnerung behalten –, weil zu diesem Zeitpunkt schon erkennbar war, dass die Situation weit über das Normale hinausgeht. Zu dem Zeitpunkt waren die ersten Feuerwehren usw. schon im Einsatz, und es wurden sehr schnell zusätzliche Hilfskräfte auch aus anderen Landkreisen zur Unterstützung angefordert.

Ich kann Ihnen aus dem Stegreif nicht sagen, welche Warn-App welche Meldung verschickt hat. Aber sie waren natürlich auch überwiegend im Vorfeld. Als die Katastrophe dann da war, war es klar. Aber die Warnung im Vorfeld war, soweit ich das wahrgenommen habe, immer noch sehr allgemein und breit. Nach meiner Kenntnis gab es keine Warn-App – aber ich kann das nicht für alle sagen –, die spezifisch gesagt hat, dass im südlichen Teil des Landkreises Berchtesgaden das Hauptproblem entstehen wird. Das ist mein momentaner Kenntnisstand. Aber ich werde das gerne auch noch in die Antwort einbeziehen und Ihnen dann noch mal konkreter mitteilen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister Herrmann. – Das Wort hat Herr Staatsminister Thorsten Glauber.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Unser Innenminister, Staatsminister Joachim Herrmann, hat ausführlich über den Einsatz unserer Hilfskräfte und des Katastrophenstabs auch – das sage ich mal bewusst – in den letzten Wochen berichtet.

Unser Blick geht natürlich von hier aus auch in die anderen Bundesländer, nach Nordrhein-Westfalen und nach Rheinland-Pfalz. Zu dem, was dort an Hochwasser über Deutschland hereingebrochen ist, muss man wirklich sagen, dass wir um die Opfer trauern. Man kann nur in Gedanken bei den Hinterbliebenen sein und tatsächlich auch Sorge mit denen tragen, die jetzt wieder aufbauen müssen. Vor diesen Menschen liegt ein gewaltiger Aufbau. Hier werden Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte vergehen, um das, was den Menschen durch die Sturzfluten genommen wurde, wieder aufzubauen. Das muss jedem klar sein.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass man sich immer wieder fragt, ob wir bei all den Maßnahmen die Menschen auch wirklich in der Ansprache erreichen, um auf diese Gefahren hinzuweisen. Zu diesen Hinweisen auf diese Gefahren – das sage ich auch als jetzt zuständiger Umwelt- und Verbraucherschutzminister, und Marcel Huber hat das auch angesprochen – gibt es ein jahrelanges Werben in der kommunalen Familie, das Thema Hochwasserschutz ernst zu nehmen. Hochwasserschutz ist eine ganz wichtige Aufgabe. Deshalb hat sich die jetzige Staatsregierung auch darauf verständigt, die Kommunen auch beim Hochwasserschutz an Gewässern dritter Ordnung, bei den kleinen Gewässern in Bayern, mit bis zu 75 % zu unterstützen. Denn wir sehen genau die angesprochenen Gefahren. Morgen schon kann das kleine Gewässer zur reißenden Flut werden. Deshalb muss man sagen: Kommunen, greifen Sie zu, sprechen Sie mit unseren Wasserwirtschaftsämtern, und nehmen Sie dieses Thema wirklich in Gänze ernst!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

In den Anträgen wird vorwiegend auf die letzten 14 Tage hingewiesen. Eigentlich muss man sagen, dass es um den ganzen Juni und Juli geht. Es sind mittlerweile 15 Landkreise, und ich bin jeden Tag oder jeden Abend einmal unterwegs in eine Region, um die Schäden oder auch Herausforderungen zu besprechen, die dort vorliegen.

Uns muss klar sein, dass das Thema letztendlich natürlich auch den sogenannten Grundschutz der Bürger betrifft. Die Hochwassergefahrenkarten – das sind die sogenannten HQ100-Karten – sind flurstückgenau, gemarkungsgenau. Die letzte Evaluierung hat 2019 stattgefunden.

Bei der Frage nach den sogenannten Sturzflutgefahrenkarten sind wir durch die Pandemie ein Stück weit in die Klammer genommen. Wir sind für die Sturzflutgefahrenkarten auf die Expertise von Hochschulen und Wissenschaft angewiesen und sind dabei, sie jetzt mit dem Landesamt für Umwelt zu testen, um sie anschließend zu veröffentlichen. Wir werden sie in zwölf betroffenen Regionen natürlich auch evaluieren und weiter fortentwickeln.

Aber eines muss auch klar sein, und da bin ich Staatsminister Joachim Herrmann auch sehr dankbar: Die Herausforderung ist, dass wir die Wetterlagen nicht gemeindegenau bestimmen können. Das ist unmöglich. Der DWD meldet sie uns, dem Hochwassernachrichtendienst. Die Kolleginnen und Kollegen vom Landesamt für Umwelt stehen dann in einer Videoschleife mit den Meteorologen des Wetterdienstes. Wir nehmen europäische Daten und USA-Daten her, also aus dem amerikanischen Wettermodell, und nutzen diese Daten zusammen mit den meteorologischen Daten des Deutschen Wetterdienstes am Landesamt für Umwelt.

Angesprochen wurde EFAS, das europäische Hochwasser-Warnsystem. Das ist natürlich eine kommunizierende Röhre. Das europäische Hochwasser-Warnsystem informiert nicht Bayern oder Deutschland, sondern Europa greift auf bayerische Daten zu. Das ist also eine kommunizierende Röhre. Denn Flüsse sind länderübergreifend, und

Flüsse brauchen das Zusammenspiel in dieser kommunizierenden Röhre. Wir geben auch Daten an die Kolleginnen und Kollegen in Österreich weiter, wenn wir an Donau und Inn oder Isar Hochwasser melden. Dieses Zusammenspiel ist natürlich an unseren großen europäischen Gewässern, an den Gewässern erster Ordnung, ganz klar notwendig. Sprich: Hier wird zusammengearbeitet.

Zur Frage, wie mit dem Thema umgegangen wird, möchte ich das letzte Wochenende, die Hochwasserlage, das Tief "Bernd", das Oberbayern betroffen hat, noch einmal beispielhaft darstellen:

Wir haben am Freitagmorgen informiert. Wir haben am Freitagmorgen nach der Besprechung im Landesamt für Umwelt mit Meteorologen im Prinzip alle betroffenen Wasserwirtschaftsämter informiert, dass dort letztendlich eine Wetterlage entsteht, die über ein HQextrem hinausgehen kann. Aber man kann natürlich nicht sagen, wo genau letztendlich dieser Regen später niederkommt.

Die Zusammenarbeit mit den Wasserwirtschaftsämtern und natürlich mit unserem Innenministerium führt dann dazu, dass die Systeme draußen hochgefahren werden. Am Freitag wurden die Systeme in den Landratsämtern hochgefahren. Man hat sich darauf eingestellt, dass eine Extremwetterlage entstehen kann. Aber wir können dann immer noch nicht genau sagen, wo der Regen runterkommt.

Ich will auch darauf hinweisen, dass es gefährlich wäre, wenn wir überall in Bayern zu viel alarmieren würden und dann nichts kommt. Dann würden die Menschen am Ende die Sensibilität verlieren. Der Innenminister hat angesprochen, dass es eine Vorwarnzeit gibt und dann der Katastrophenfall ausgelöst wird. Im Prinzip sind die Einsatzkräfte vorgewarnt. Aber wir müssen auch klug damit umgehen, um die Menschen nicht abzustumpfen, denn damit würde genau das Gegenteil erreicht.

Es ist eine große Herausforderung, und man muss auch sagen, dass die HQextrem-Wetter- und Hochwasserereignisse über HQ100 in den nächsten Jahren deutlich zunehmen werden. Umso wichtiger ist es, dass wir letztendlich alle Bausteine zusam-

menbringen. Das beginnt eben bei den Gewässern dritter Ordnung in der kommunalen Verantwortung bis hin zu unseren großen Wasseradern. Ich will gar nicht drumherum reden, dass natürlich auch Rückhaltung durch große Retentionsräume und der Flutpolderbau am Ende des Tages ein Thema sind, über das wir im Dialog stehen, um wirklich alle Schutzsysteme auszunutzen, um vor allem Menschenleben zu schützen, aber auch Hab und Gut zu sichern. Das ist unsere Aufgabe. Aber ich sage auch, dass das eine Daueraufgabe ist, denn diese Veränderungen und Starkregenergieereignisse werden uns in den nächsten Jahren weiter herausfordern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Florian von Brunn, SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Herr Staatsminister, vielen Dank für die Auskunft. Ich möchte an der Stelle auch mal sagen, dass ich finde, dass das Personal im Landesamt für Umwelt, aber auch in der Wasserwirtschaft, das ja nicht nur für Hochwasserschutz, sondern zum Beispiel auch für Lawinenschutz zuständig ist, ganz hervorragende Arbeit leistet.

Dann habe ich auch bei Ihnen noch zwei sachliche Nachfragen: Die eine betrifft die Sturzflutgefahrenkarten, die Sie angesprochen haben. Sie haben gesagt, das wird jetzt noch mal in zwölf Regionen – bzw. in der Antwort auf meine Anfrage zum Plenum heißt es: in zwölf Kommunen – getestet. Welche Regionen sind denn besonders betroffen? – Wahrscheinlich sind das natürlich bergige Gebiete, Alpen und Mittelgebirge. Vielleicht können Sie dazu noch mal etwas sagen.

Die zweite Frage ist: Es war ja dieser Streit entbrannt über den Artikel in der "Times", wonach eine Forscherin, die an EFAS mitgearbeitet hat, gesagt hat: Ihr seid alle gewarnt worden, ihr habt nicht reagiert. – Daraus ist dann eine große Mediengeschichte gemacht geworden. Was muss man sich darunter vorstellen: Es sind EFAS-Meldun-

gen im Landesamt für Umwelt eingetroffen. Was ist der Inhalt, und was kann man damit anfangen?

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Zur ersten Frage: Natürlich stehen auch unsere Gebirgsbereiche, also der alpine Raum, bei der Sturzflutgefahrenkarte wirklich im Fokus. Wir sehen im Prinzip auch, dass alpine Hochwässer an Wildbächen eine ganz andere Kraft haben. Bei ihnen werden Geschiebe, Holz und Gestein mitgerissen, wodurch eine komplett neue Dynamik entsteht. Dies sieht man an den Schäden, die an Gebäuden entstehen. Gott sei Dank wird in Landkreisen im alpinen Bereich und im Sturzflutbereich immer darauf hingewiesen, bis zum Erdgeschoss mit einer Fundamentierung aus Beton zu arbeiten. Damit sind die Häuser massiv und stabil. Es hat sich gezeigt, dass dies hilft.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass ein permanentes Spannungsverhältnis zwischen Risikogebieten oder sogenannten Retentionsräumen und Überflutungsbereichen einerseits und der Bebauung andererseits besteht; oftmals soll dort neuer Wohnraum errichtet werden. Man muss ganz klar sagen, dass wir vonseiten des Umweltministeriums oder vonseiten der Wasserwirtschaft nicht immer sehr beliebt sind. Ich sage ganz klar – dass müsste auch jedem klargeworden sein –: Solche Bereiche sind dringend notwendig, um Hochwasser managen zu können.

Die Kolleginnen und Kollegen vom Landesamt haben mir mitgeteilt, dass am 14. Juli die letzte Meldung des EFAS-Systems an uns gegangen ist – das ist Mittwoch gewesen. Mit den Daten wird übermittelt, wie sich die Wetterlage auf europäischer Ebene darstellt und wie sich die Pegel der großen Flüsse verhalten. Wir geben diese Daten, wie besprochen, zurück. Dann werden sie über den Deutschen Wetterdienst auf Deutschland und mit den Kolleginnen und Kollegen des Hochwassernachrichtendienstes auf Bayern heruntergebrochen; das Landesamt für Umwelt zieht daraus seine Schlüsse und stellt diese für die Warnung und Alarmierung zur Verfügung, um Menschen zu schützen.

(Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, bitte bleiben Sie noch hier. Es gibt noch eine zweite Zwischenbemerkung, vom Kollegen Patrick Friedl von den GRÜNEN, hier auf der linken Seite. – Bitte.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Herr Staatsminister Glauber, ich habe eine zweiteilige Frage.

Der erste Teil bezieht sich auf HQ100, das hundertjährige Hochwasser, das Sie angesprochen haben, und auf die Veränderungen durch die Starkregenereignisse. Wir müssen ja davon ausgehen, dass diese bei der Beurteilung von Hochwassersituationen anders Berücksichtigung finden müssen. Hierzu wollte ich wissen: Rechnen Sie damit, dass ein HQ100-neu gemacht wird, oder wird es ein HQextrem geben, das berücksichtigt werden muss? Wie wollen Sie das eintakten?

Der zweite Teil der Frage bezieht sich auf die Überschwemmungskarten. Eigentlich muss dies eine Rückwirkung darauf haben, wie wir mit Überschwemmungskartierung umgehen. Das heißt, wenn ein HQ100 eigentlich kein HQ100 mehr ist, muss dies eine Rückwirkung darauf haben, welche Flächen zu berücksichtigen sind. Mich würde interessieren: Womit rechnen Sie da? Welche Flächeninanspruchnahme werden wir brauchen, um neue Retentionsräume zu schaffen, um mit stärkeren und in kürzeren Intervallen kommenden extremen Hochwassern umgehen zu können?

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Ich beginne mit der letzten Frage. Jede Zahl darüber, welche Bereiche wir genau brauchen, die ich hier nennen würde, wäre rein spekulativ. Sie liegt mir nicht vor; ich müsste sie abfragen. Ich kann Ihnen hier keine Zahl dazu nennen, welcher neue Raum gebraucht werden würde. Zuerst müsste man festlegen, auf welches Maß man sich bezieht.

Sie fragten, welche Hochwasserschutzbaumaßnahmen wir an HQ100 ausrichten. Wir bauen mit HQ100 plus Klimazuschlag. Wir bauen also nicht HQ100. Wir bauen hun-

dertjährliches Hochwasser plus Klimazuschlag. Jede Hochwasserschutzmaßnahme wird damit aktuell auf ein HQ100 plus 15 % Klimazuschlag ausgelegt. Deshalb ist genau das, was Sie beschreiben, schon gegeben. Wir berücksichtigen beim Bau schon jetzt einen Zuschlag. Natürlich werden wir überprüfen müssen, ob der jetzige Zuschlag bei neuen Ereignissen noch ausreicht. Dann wird man wieder nachjustieren müssen.

Daran sehen Sie schon, dass es einmal ein HQ100 plus einen Klimazuschlag gab, dass es sich im Prinzip um ein sich immer veränderndes oder weiter lernendes oder weiter herausgefordertes System handelt, weswegen nachgesteuert werden muss. Dies macht die Wasserwirtschaftsverwaltung zusammen mit allen Planern.

(Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/17276 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN, die SPD, die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen! – Das sind die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/17450 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Auch das sind GRÜNE, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, Herr Plenk (fraktionslos) und Herr Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der AfD ist auch dieser Antrag angenommen.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Florian von Brunn

Abg. Dr. Fabian Mehring

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)

Flutkatastrophe in Bayern: Betroffenen helfen - Prävention verbessern - Folgen beseitigen (Drs. 18/17276)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Warnung der Bevölkerung durch Ausbau des vorhandenen Sirennetzes in Bayern und Warnung aller Smartphonebesitzer durch Push-SMS (Drs. 18/17450)

Hierzu ist ein Antrag der SPD-Fraktion zur Geschäftsordnung angekündigt. Hierzu erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden Florian von Brunn das Wort. Sie haben fünf Minuten, um Ihren Antrag vorzubringen und zu begründen.

Florian von Brunn (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir nehmen Bezug auf wichtige Punkte, die in der Zuständigkeit des Umweltministeriums liegen. Im Moment ist der Umweltminister aber nicht anwesend. Wir stellen deshalb den Antrag nach § 176 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag, den Staatsminister für Umwelt herbeizurufen.

Ich will das inhaltlich begründen. Es geht um Warnungen des Europäischen Hochwasser-Frühwarnsystems EFAS. Wir gehen in unserem Antrag darauf ein, dass die Zuständigkeit beim Landesamt für Umwelt, also im Geschäftsbereich des Umweltministeriums liegt. Es geht in unserem Antrag auch um die Sturzfluten-Gefahrenkarten. Auch da liegt die Zuständigkeit bei diesem Ressort. Deshalb halten wir es für unabdingbar,

dass der Umweltminister an dieser Debatte teilnimmt und eventuell auch zu dem, was wir diskutieren, Stellung nimmt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Ich habe hier eine Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring zur Erwiderung. Ich erteile ihm hiermit das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege von Brunn, ich kann das Ansinnen der SPD-Fraktion ebenso gut nachvollziehen wie der Umweltminister, mit dem ich eben telefoniert habe. Ich darf aus zweierlei Gründen um Verständnis für die aktuelle Abwesenheit bitten.

Wir befinden uns in der Ressortzuständigkeit des Umweltministeriums derzeit naturgemäß in einer absoluten Ausnahmesituation. Unter dem Eindruck der Ereignisse in den letzten Tagen und Wochen hat sich der Umweltminister entgegen seiner sonstigen Praxis dafür entschieden, noch vor der Plenarsitzung entsprechende Ortstermine wahrzunehmen. Er ist bereits auf dem Weg ins Parlament.

Ich darf der Vollständigkeit halber anfügen, dass diese Entscheidung so gefallen ist, weil die federführende Zuständigkeit innerhalb der Staatsregierung für den jetzt zu verhandelnden Dringlichkeitsantrag dem Staatsministerium des Innern zugeordnet wurde. Der Herr Innenminister ist deshalb selbstverständlich auch anwesend, um für die Staatsregierung sachkundig Stellung zu nehmen. Wenn darüber hinaus aber der Wunsch besteht, auch den bayerischen Umweltminister bei der Plenardebatte anwesend zu haben, dann trifft das auf Verständnis in unserer Fraktion.

Ich würde deshalb bitten, das pragmatisch aufzulösen, weil sich der Minister bereits auf dem Weg in Richtung Bayerischer Landtag befindet. Ich beantrage dementsprechend – dieses Angebot würden wir unterbreiten –, den Tagesordnungspunkt zu schieben, bis der Minister das Parlament erreicht hat, um dann in Anwesenheit des

sachzuständigen Innenministers in seiner Federführung und des mitzuständigen Umweltministers beraten zu können. Unser Vorschlag ist also, die weiteren Tagesordnungspunkte als Nächste zu behandeln und, sobald der Minister hier ist, auf ihren Dringlichkeitsantrag zurückzukommen. So würde ich das beantragen. Ich hoffe einerseits auf Ihr Verständnis und andererseits auf eine pragmatische Lösung im Sinne Ihrer Fraktion.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Es liegen der Antrag auf Herbeirufung des Umweltministers und der Vorschlag vor, den Tagesordnungspunkt zu verschieben. Erhalten Sie Ihren Antrag aufrecht?

Florian von Brunn (SPD): Wir wären damit einverstanden, die Debatte über den Dringlichkeitsantrag der FDP und die dazu nachgezogenen Dringlichkeitsanträge vorzuziehen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Das wäre eine Änderung der Tagesordnung. Ich lasse darüber abstimmen.

Es ist also vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt 57 Ziffer 4, den Dringlichkeitsantrag betreffend "Etablierung eines Corona-Früh- und Entwarnsystems durch Abwasseranalysen" und die hierzu nachgezogenen Dringlichkeitsanträge der GRÜNEN sowie der CSU und der FREIEN WÄHLER vorzuziehen und die Ziffer 3 danach zu behandeln.

Wer kann dem zustimmen? – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ich sehe, das ist einstimmig. Ich bedanke mich ganz herzlich für diese Kooperationsbereitschaft. Dann kommt jetzt nicht die Ziffer 3 zum Aufruf.